

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 02. Dezember 2013 in Berlin

Antragsteller: Dr. Carsten Linnemann MdB (MIT-Bundesvorsitzender) und Dr. Markus Pieper MdEP (Vorsitzender der Kommission Europapolitik)

Keine Berichtspflichten für Unternehmen zu Sozial- und Umweltpolitik

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU lehnt Berichtspflichten für Unternehmen im Sozial- und Umweltbereich entschieden ab. Die CDU und die CSU, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der PKM, die Europaabgeordneten von CDU und CSU sowie die verantwortlichen Stellen werden aufgefordert darauf hinzuwirken, dass eine solche Regelung auf europäischer Ebene verhindert wird.

Begründung:

EU-Kommissar Barnier hat bereits im April 2013 die Einführung von gesetzlich vorgeschriebenen Berichten zum Engagement im Sozial- und Umweltbereich von Unternehmen gefordert. Das Europäische Parlament hat am 5. November 2013 seinen Bericht zum Kommissionsvorschlag vorgestellt. Berichtspflichten sollen demnach nur für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern gelten. Die geforderte Freiwilligkeit haben aber weder die Kommission noch der Berichterstatter im Europäischen Parlament, Baldassarre, aufgegriffen.

Der Vorstoß der EU-Kommission führt zu unnötiger Bürokratie und hohen Kosten für die Unternehmen. Berichtspflichten greifen stark in die Freiheit von Privatunternehmen ein. Sie regulieren die soziale Verantwortung von Unternehmern, statt diese selbst entscheiden zu lassen. Soziales Engagement ist wichtig für unsere Gesellschaft, aber deshalb muss es nicht europaweit reguliert werden. Das Prinzip der Freiwilligkeit hat Vorfahrt und sollte von den europäischen Institutionen nicht missachtet werden.